

Nr. 20/546

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Zuwendungsrecht modernisieren – unnötige Bürokratie und Hemmnisse für Träger abbauen
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 10. November 2020
(Drucksache [20/704](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 26. Januar 2021
(Drucksache [20/797](#))
2. Unterstützung für Menschen mit Behinderung in den Krankenhäusern Bremens sicherstellen!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 25. Februar 2020
(Drucksache [20/288](#))
3. Unterstützung für Menschen mit Behinderung in den Krankenhäusern Bremens sicherstellen!
Bericht der staatlichen Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz vom 10. Mai 2021
(Drucksache [20/957](#))
4. Ehrenamtliches Engagement im Land Bremen – vielfältig, bunt und unterstützenswert!
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 19. Mai 2021
(Drucksache [20/968](#))
5. Rechte Gewalt und rechter Terror in Bremen und dem Umland?
Große Anfrage der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 25. Juni 2021
(Drucksache [20/1027](#))
6. Behandlung von Gewerbeabfall im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktion der SPD
vom 29. Juni 2021
(Drucksache [20/1034](#))
7. Das letzte Jahr vor der Einschulung: KiTa oder Vorschulklasse?
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 6. Juli 2021
(Drucksache [20/1041](#))
8. Deponie Grauer Wall – wann schützt der Senat endlich die Bremerhavener Bevölkerung und die Umwelt?
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 20. Juli 2021
(Drucksache [20/1055](#))
9. Zukunftsfähigkeit des Wissenschaftsstandortes Bremen
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 26. Juli 2021
(Drucksache [20/1061](#))

Nr. 20/547

Staatsvertrag zwischen der Freien Hansestadt Bremen und dem Land Niedersachsen im Bereich des Ökologischen Landbaus

Mitteilung des Senats vom 31. August 2021
(Drucksache [20/1086](#))

Diese Mitteilung wurde vom Senat zurückgezogen.

Nr. 20/548

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft
vom 13. September 2021

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Richterwahlausschusses

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt anstelle der ausgeschiedenen Abgeordneten Sascha Aulepp die Abgeordnete

Antje Grotheer

zum Mitglied und anstelle der Abgeordneten Antje Grotheer den Abgeordneten

Mustafa G ü n g ö r

zum stellvertretenden Mitglied des Richterwahlausschusses.

2. Rechnung des Rechnungshofs über seine Einnahmen und Ausgaben in Kapitel 0011 des Haushaltsjahres 2019
Bericht des Rechnungshofs vom 22. September 2020
(Drucksache [20/615](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) erteilt dem Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen gemäß § 101 LHO wegen der Rechnung über seine Einnahmen und Ausgaben in dem Haushaltsjahr 2019 in Kapitel 0011 des Haushalts der Freien Hansestadt Bremen Entlastung.

3. Rechnung des Rechnungshofs über seine Einnahmen und Ausgaben in Kapitel 0011 des Haushaltsjahres 2020
Bericht des Rechnungshofs
vom 13. Juli 2021
(Drucksache [20/1045](#))
(Neufassung der Drucksache [20/1026](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) erteilt dem Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen gemäß § 101 LHO wegen der Rechnung über seine Einnahmen und Ausgaben in dem Haushaltsjahr 2020 in Kapitel 0011 des Haushalts der Freien Hansestadt Bremen Entlastung.

4. Rechnung des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen über seine Einnahmen und Ausgaben in Kapitel 0011 für die Haushaltsjahre 2019 und 2020
Bericht und Antrag des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses
vom 16. Juli 2021
(Drucksache [20/1053](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt den Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses zur Kenntnis.

5. Erste Verordnung zur Änderung der Siebenundzwanzigsten Coronaverordnung zum Schutz vor Neuinfektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2
Mitteilung des Senats vom 16. Juli 2021
(Drucksache [20/1052](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt die Mitteilung des Senats zur Kenntnis.
6. Beteiligung der Bürgerschaft beim Erlass von Coronaverordnungen – Erste Verordnung zur Änderung der Siebenundzwanzigsten Coronaverordnung
Mitteilung des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses vom 16. Juli 2021
(Drucksache [20/1054](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt die Mitteilung des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses zur Kenntnis.
7. Achtundzwanzigste Verordnung zum Schutz vor Neuinfektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 (Achtundzwanzigste Coronaverordnung)
Mitteilung des Senats vom 22. Juli 2021
(Drucksache [20/1060](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt die Mitteilung des Senats zur Kenntnis.
8. Beteiligung der Bürgerschaft beim Erlass von Coronaverordnungen – 28. Coronaverordnung
Mitteilung des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses vom 26. Juli 2021
(Drucksache [20/1063](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt die Mitteilung des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses zur Kenntnis.
9. Ermächtigung der SGFV zur Unterzeichnung des Staatsvertrages über die Errichtung und den Betrieb des elektronischen Gesundheitsberuferegisters als gemeinsame Stelle der Länder zur Ausgabe elektronischer Heilberufs- und Berufsausweise sowie zur Herausgabe der Komponenten zur Authentifizierung von Leistungserbringerinstitutionen (eGBR-Staatsvertrag – eGBRStVtr) – Vorunterrichtung der BBü über den Staatsvertrag
Mitteilung des Senats vom 10. August 2021
(Drucksache [20/1068](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt die Mitteilung des Senats zur Kenntnis.
10. Stellungnahme des Senats zum 15. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit
Mitteilung des Senats vom 10. August 2021
(Drucksache [20/1069](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) überweist die Stellungnahme des Senats zum 15. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit.
11. Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Staatsgerichtshof
Mitteilung des Senats vom 24. August 2021
(Drucksache [20/1077](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.
12. Fünfter Bericht des Senats gemäß § 12 BremIFG
Mitteilung des Senats vom 31. August 2021
(Drucksache [20/1084](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

13. Wahl einer Schriftführerin des Vorstandes der Bremischen Bürgerschaft
Die Bürgerschaft (Landtag) wählt anstelle der Abgeordneten Christine Schnittker die Abgeordnete

Sina D e r t w i n k e l

zur Schriftführerin des Vorstandes der Bremischen Bürgerschaft.
14. Wahl eines Mitglieds des Landesjugendhilfeausschusses
Die Bürgerschaft (Landtag) wählt anstelle des Abgeordneten Jörg Zager Herrn

Peter S t e i n k e

zum Mitglied des Landesjugendhilfeausschusses.
15. Veränderungen in den Mitgliedschaften der parlamentarischen Gremien
Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 9. September 2021
(Drucksache [20/1097](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.
16. Erste Verordnung zur Änderung der Achtundzwanzigsten Coronaverordnung zum Schutz vor Neuinfektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2
Mitteilung des Senats vom 24. August 2021
(Drucksache [20/1081](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.
17. Beteiligung der Bürgerschaft beim Erlass von Coronaverordnungen – Erste Verordnung zur Änderung der Achtundzwanzigsten Coronaverordnung
Mitteilung des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses vom 9. September 2021
(Drucksache [20/1098](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses Kenntnis.

Nr. 20/549

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen kein Thema beantragt worden.

Nr. 20/550

Städtepartnerschaft mit Danzig ist Geschenk und Auftrag zugleich

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der FDP
vom 14. September 2021
(Drucksache [20/1100](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstreicht die zentrale Bedeutung der Städtepartnerschaft Bremens zu Danzig als Beitrag unserer Städte zu Frieden, Versöhnung, Begegnung und Zusammenarbeit. Sie ist uns ein besonderes politisches und gesellschaftliches Anliegen, um geschichtliche Erinnerung zu wahren und um Zukunft in Freundschaft zu entwickeln. Fünfundvierzig Jahre gemeinsamen Weges sind Anlass allen zu danken, die mit Weitsicht und Beharrlichkeit Pionierarbeit in der Begründung und Entwicklung unserer Partnerschaft geleistet haben.

Die Bürgerschaft (Landtag) bekräftigt ihren Willen, dieses weiter pflegen und vertiefen zu wollen und wird auch weiterhin hierbei eine eigenständige und aktive Rolle auf der Basis der parlamentarischen Zusammenarbeit einnehmen.

2. Die Bürgerschaft (Landtag) betont, dass die Konsequenz aus den krisenhaften Entwicklungen der jüngeren Vergangenheit, wie zum Beispiel Fluchtbewegungen, Finanzkrise, Corona-Pandemie oder auch die aktuelle Lage in Afghanistan, ein Mehr an europäischer Kooperation, Selbständigkeit und Integration sein muss und dass nationale Alleingänge den Anforderungen komplexer und globaler Herausforderungen immer weniger gerecht werden. Sie sieht es als Aufgabe und Beitrag auch von Städtepartnerschaften im Allgemeinen und von der zu Danzig im Besonderen an, nicht nur die Zusammenarbeit auf regionaler Ebene zu fördern, sondern auch um mehr Verständnis für mehr gemeinsame auch überregionale Aufgabenwahrnehmung zu werben. Die Städtepartnerschaft von Danzig und Bremen stellt so nicht nur einen Mehrwert für die beteiligten Städte dar, sondern kann zur Entwicklung der bilateralen Beziehungen von Polen und Deutschland beitragen und ein Motor zur Weiterentwicklung der europäischen Idee sein.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstützt alle Begegnungen in Wirtschaft, Handel, Kultur und von Initiativen wie dem Bremer CSD-Verein oder dem Danziger Tolerado, die zur Verstärkung von Kontakten beitragen. Sie bittet Politik, Organisationen, Verbände und Zivilgesellschaft sich zu beteiligen, dieses zum Beispiel mit Blick auf andere und neue Bereiche auszuweiten beziehungsweise zu intensivieren. Digitalisierung oder künstliche Intelligenz, Gesundheitspolitik, Sport, Umwelt- und Verkehrspolitik, Sicherheit und Bildung sind beispielhafte Bereiche, in denen das Potential an Zusammenarbeit noch erweiterungsfähig erscheint.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) ist schließlich der Auffassung, dass die Städtepartnerschaft noch mehr als bisher dem Ziel der Begegnung von Bürgerinnen und Bürgern dienen soll. Jugendaustausch, auch durch eine Verstärkung der Unterstützung durch Erasmus, kann auf der Ebene der Schulen, der Berufsschulen und der Hochschulen, aber zum Beispiel auch auf der Ebene der Sportvereine noch intensiviert werden und soll sich zu einem Schwerpunkt der gemeinsamen Aktivitäten entwickeln. Die Bürgerschaft (Landtag) regt an, unter den Bedingungen von Corona auch über alternative Möglichkeiten der Begegnung und Kooperation, zum Beispiel mit digitalen Mitteln, verstärkt nachzudenken. Sie sieht Austausch und Kommunikation auch zukünftig als wesentliche Voraussetzung dafür an, gemeinsame Werte, Grundüberzeugungen und Erinnerungen zu erhalten und weiterzugeben. Mit dem Gedanken der Inklusion und einer verstärkten Einbeziehung des Ehrenamtes in gemeinsame Aktivitäten wollen wir zukünftig mehr als bisher erreichen, dass möglichst alle Teile der Bevölkerung, sozialen Gruppen und Generationen teilhaben können an der bereichernden Gemeinsamkeit durch Städtepartnerschaft.

Nr. 20/551

Personalsituation im Bereich der Kindertagesbetreuung

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 5. Mai 2021
(Drucksache [20/953](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 22. Juni 2021
(Drucksache [20/1023](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 20/552

Verbandsklagerecht im Tierschutz um Anfechtungs- und Verpflichtungsklage erweitern – Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Verbandsklagerecht für Tierschutzvereine

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE vom 12. Mai 2021
(Drucksache [20/961](#))

D a z u

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE

vom 7. September 2021
(Drucksache [20/1093](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 20/553

Zweites Gesetz zur Änderung des Bremischen Landesmediengesetzes

Mitteilung des Senats vom 31. August 2021
(Drucksache [20/1083](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist das Gesetz zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit.

Nr. 20/554

Bericht des staatlichen Petitionsausschusses Nr. 21

vom 14. September 2021
(Drucksache [20/1099](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 20/555

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2022 und 2023; Finanzplanung 2021 bis 2025

Mitteilung des Senats vom 2. September 2021
(Drucksache [20/1091](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Haushaltsgesetze der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2022 und 2023 in erster Lesung.

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist die Haushaltsgesetze der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2022 und 2023, die Haushaltspläne für die Haushaltsjahre 2022 und 2023 (Produktgruppenhaushalte, kamerale Haushalte einschließlich der maßnahmenbezogenen Investitionsplanung, produktgruppenorientierte und kamerale Stellenpläne, Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe, Sonstigen Sondervermögen, Stiftungen und Anstalten öffentlichen Rechts sowie Sonderhaushalte) zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss (federführend) sowie an den Rechtsausschuss,

den Ausschuss für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen, den Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit, den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit, den Ausschuss für die Gleichstellung der Frau und den staatlichen Controllingausschuss.

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Finanzplan 2021 bis 2025 mit maßnahmenbezogener Investitionsplanung zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss.

Nr. 20/556

Richtlinie Barrierefreiheit öffentlicher Gebäude des Landes und der Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven

Mitteilung des Senats vom 2. März 2021
(Drucksache [20/856](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 20/557

Potenziale der Abgasminderung in der Seeschifffahrt nutzen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 18. Februar 2020
(Drucksache [20/274](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/558

Potenziale der Abgasminderung in der Seeschifffahrt nutzen

Bericht und Antrag des Ausschusses für die Angelegenheit der Häfen im Lande Bremen
vom 18. März 2021
(Drucksache [20/877](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für die Angelegenheit der Häfen im Lande Bremen Kenntnis.

Nr. 20/559

Fragestunde

1. Ausbildungsangebote in der Altenpflege
Anfrage der Abgeordneten Birgitt Pfeiffer, Ute Reimers-Bruns, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 1. Juli 2021
2. Illegaler Welpenhandel
Anfrage der Abgeordneten Janina Brünjes, Ute Reimers-Bruns, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 1. Juli 2021
3. Illegales Glückspiel in Bremen
Anfrage der Abgeordneten Prof. Dr. Hauke Hiltz, Birgit Bergmann, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 1. Juli 2021

4. Präventionsarbeit der Polizei an Schulen im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Günther Flißikowski, Marco Lübke, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 1. Juli 2021
 5. Vermögensabschöpfung bei Kryptowährung
Anfrage der Abgeordneten Dr. Oguzhan Yazici, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 1. Juli 2021
 6. Inanspruchnahme von Bildungs- und Teilhabeleistungen vor und während der Corona-Pandemie
Anfrage der Abgeordneten Ingo Tebje, Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE vom 1. Juli 2021
- Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.
7. Wie unterstützt der Senat den Bau der A20?
Anfrage der Abgeordneten Thorsten Raschen, Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 6. Juli 2021
 8. Mobilfunkversorgung in deutschen Küstengewässern
Anfrage der Abgeordneten Susanne Grobien, Carsten Meyer-Heder, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 6. Juli 2021
 9. Datenspeicherung bei der Polizei
Anfrage des Abgeordneten Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE vom 7. Juli 2021
 10. Internationale Solidarität mit Seeleuten erfordert auch Bremer Impfkampagne
Anfrage der Abgeordneten Ingo Tebje, Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE vom 7. Juli 2021
 11. Verlautbarungen von Fraktionen durch interne Bekanntmachungen in Bremer Behörden
Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 21. Juli 2021
 12. Wird der Hafentunnel nach seiner Fertigstellung Bundesautobahn-Zubringer?
Anfrage der Abgeordneten Prof. Dr. Hauke Hiltz, Thore Schäck, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 22. Juli 2021
 13. Aufenthaltsrechtlicher Status von afghanischen Geflüchteten in Bremen
Anfrage der Abgeordneten Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE vom 23. August 2021
 14. Einsatz einer „Inkognito-App“ zur Bekämpfung von häuslicher Gewalt – bald auch in Bremen?
Anfrage der Abgeordneten Antje Grotheer, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 1. September 2021
 15. Wie werden Bürgerinnen und Bürger in Bremen und Bremerhaven auf mögliche Unwetter- und Katastrophenszenarien hingewiesen und über Warnmechanismen aufgeklärt?
Anfrage der Abgeordneten Birgit Bergmann, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 8. September 2021

16. Wie geht die Landeszentrale für politische Bildung mit linksextremistischen Vorfällen in ihrem Umfeld um?

Anfrage der Abgeordneten Birgit Bergmann, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 9. September 2021

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 23 Absatz 4 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 20/560

Regierungserklärung des Senats zum Thema: „Bekämpfung der Corona Virus SARS-CoV-2-Pandemie“

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Regierungserklärung des Senats Kenntnis.

Nr. 20/561

Aus Corona-Erfahrungen lernen – Nichtständigen Ausschusses „Corona-Pandemie-Folgen“ einsetzen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 29. Juni 2021
(Drucksache [20/1028](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/562

Dritte Änderungsverordnung zur Änderung der Achtundzwanzigsten Verordnung zum Schutz vor Neuinfektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 (Achtundzwanzigste Coronaverordnung) hier: Änderung der Quarantäneregelungen für Kohorten an Tageseinrichtungen nach § 15

Mitteilung des Senats vom 15. September 2021
(Neufassung der Drucksache [20/1104](#) vom 14. September 2021)
(Drucksache [20/1107](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt, dass sie keinen Aufhebungs- oder Änderungsbedarf an der Dritten Änderungsverordnung der Achtundzwanzigsten Coronaverordnung sieht.

Nr. 20/563

Zweite Verordnung zur Änderung der Achtundzwanzigsten Coronaverordnung zum Schutz vor Neuinfektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2

Mitteilung des Senats vom 7. September 2021
(Drucksache [20/1092](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 20/564

Beteiligung der Bürgerschaft beim Erlass von Coronaverordnungen – Zweite Verordnung zur Änderung der Achtundzwanzigsten Coronaverordnung

Mitteilung des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses
vom 15. September 2021
(Drucksache [20/1108](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses Kenntnis.

Nr. 20/565

Corona-Nothilfe für Minijobber:innen bereitstellen, mehr sozialversicherungspflichtige Arbeit ermöglichen

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 16. Juni 2021
(Drucksache [20/1013](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen,
 - a) dass die Bundesregierung eine pauschale monatliche Nothilfe für Minijobber:innen auflegt. Antragsberechtigt sind diejenigen, die seit dem 16. März 2020 ihren Minijob verloren, hierdurch in finanzielle Notlage geraten sind, und noch keine neue Beschäftigung gefunden haben;
 - b) allen Arbeitnehmer:innen den Schutz durch die Sozialversicherungen zu ermöglichen sowie in Kooperation mit den Ländern geeignete Maßnahmen zu prüfen und zu ergreifen, um sozialversicherungspflichtige Beschäftigung unter dem Leitbild guter Arbeit zu fördern.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, im Rahmen der neuen beschäftigungspolitischen Maßnahme „Perspektive Arbeit für Frauen (PAF)“ ausdrücklich auch jene Frauen zu fördern, die zuvor nur einer geringfügigen (nicht sozialversicherungspflichtigen) Beschäftigung nachgegangen sind.

Nr. 20/566

Schulautonomie stärken – ein Schulfreiheitsgesetz für Bremen und Bremerhaven schaffen

Antrag der Fraktion der FDP
vom 8. September 2021
(Drucksache [20/1096](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/567

Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand sichern – Große Vermögen an der Bewältigung der Corona-Folgen und des Klimawandels stärker beteiligen – Zukunftsinvestitionen ermöglichen!

Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 14. September 2021
(Drucksache [20/1102](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest:

Um die hohen Belastungen der staatlichen Haushalte in der Corona-Pandemie in fairer Weise zu verteilen, sollte ein Lastenausgleich durchgeführt werden, durch den insbesondere große private Vermögen einen Beitrag zur Stärkung der finanziellen Handlungsfähigkeit der Gebietskörperschaften leisten.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf:

1. im Bundesrat eine Initiative für einen Lastenausgleich bei der Bewältigung der finanziellen Folgen der Corona-Pandemie und den Kosten der Wiederbelebung und zukunftsgerichteten Stärkung der Wirtschaft zu unternehmen.
2. zur Vorbereitung dieser Initiative eine Expert:innenanhörung zu den steuerpolitischen Instrumenten und der rechtlichen Ausgestaltung eines solchen Lastenausgleichs durchzuführen und dabei Stellungnahmen insbesondere zu den Instrumenten Vermögenssteuer, Vermögensabgabe, Exzess-Gewinnsteuer sowie der angemessenen Beteiligung von Großunternehmen mit Sitz im Ausland einzuholen.

Nr. 20/568

Stellungnahme des Senats zum 3. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz nach der Europäischen Datenschutzgrundverordnung

Mitteilung des Senats vom 14. September
(Drucksache [20/1103](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist die Stellungnahme des Senats zum 3. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz nach der Europäischen Datenschutzgrundverordnung zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit.

Nr. 20/569

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Täterarbeit als Prävention
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 26. Januar 2021
(Drucksache [20/793](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 16. März 2021
(Drucksache [20/872](#))
2. Alle Religionsgemeinschaften im Land Bremen verdienen Respekt und Schutz
Antrag der Fraktion der CDU
vom 15. März 2021
(Drucksache [20/869](#))
3. Clusterpolitik und Innovationsförderung im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 23. Februar 2021
(Drucksache [20/847](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 16. April 2021
(Drucksache [20/900](#))

4. Digitale Gewalt in Bremen besser bekämpfen!
Antrag der Fraktion der FDP
vom 29. April 2021
(Drucksache [20/938](#))
5. Hass im Netz entgegnetreten – Opferschutz und Strafverfolgung im Land Bremen verbessern
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der SPD
vom 22. Juni 2021
(Drucksache [20/1018](#))
6. Umsetzung der Gewerbeabfallverordnung im Land Bremen für mehr Umwelt-, Ressourcen- und Klimaschutz sicherstellen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 27. April 2021
(Drucksache [20/927](#))
7. Psychosoziale Prozessbegleitung vereinfachen, ausbauen und institutionalisieren
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der SPD
vom 18. Mai 2021
(Drucksache [20/962](#))
8. Wie kann unsere demokratische Gesellschaft in Bremen vor linksextremistischen Strömungen geschützt werden?
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 10. Mai 2021
(Drucksache [20/958](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 31. August 2021
(Drucksache [20/1087](#))
9. Überbetriebliche Ausbildung im Handwerk durch auskömmliche Landeszuschüsse dauerhaft sicherstellen und stärken
Antrag der Fraktion der CDU
vom 1. Juni 2021
(Drucksache [20/981](#))
10. Teilzeitstudienmöglichkeiten im Land Bremen verbessern
Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 1. Juni 2021
(Drucksache [20/994](#))
11. Gründung eines Kompetenzzentrums „Faire und nachhaltige Logistik“ im Land Bremen
Antrag der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen
vom 15. Juni 2021
(Drucksache [20/1006](#))
D a z u
Änderungsantrag der Fraktion der CDU
vom 8. September 2021
(Drucksache [20/1095](#))
12. Erweiterung der Branchendialoge: Branchendialog Logistik einführen, regelmäßige Berichterstattung sicherstellen
Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 15. Juni 2021
(Drucksache [20/1011](#))
13. Mitbestimmungsrechte in der Justiz stärken!
Antrag der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen
vom 22. Juni 2021
(Drucksache [20/1017](#))

14. Wie kann Bremen Sporttalente im Land fördern und binden?
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 26. Mai 2021
(Drucksache [20/977](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 13. Juli 2021
(Drucksache [20/1046](#))
15. Personalentwicklung und Personalkosten
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 1. Juni 2021
(Drucksache [20/982](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 13. Juli 2021
(Drucksache [20/1047](#))
16. Die intensivmedizinische Versorgung im Spiegel der Corona-Pandemie –
Kapazitäten und Auslastungen mit Blick auf die Krankenhausplanung im
Land Bremen
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 1. Juni 2021
(Drucksache [20/983](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 10. August 2021
(Drucksache [20/1070](#))
17. Migrantische Repräsentanz in der Verwaltung: Bildet der öffentliche
Dienst die Gesellschaft ab?
Große Anfrage der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und
der SPD
vom 1. Juni 2021
(Drucksache [20/995](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 13. Juli 2021
(Drucksache [20/1048](#))
18. Unterhalt und Unterhaltsvorschuss – Kinder von Alleinerziehenden müs-
sen auch im Land Bremen endlich zu ihrem Recht kommen!
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 22. Juni 2021
(Drucksache [20/1019](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 31. August 2021
(Drucksache [20/1088](#))
19. Zwischenbericht zur Erarbeitung des Bremer Landesaktionsplans „Istan-
bul-Konvention umsetzen – Frauen und Kinder vor Gewalt schützen“
Mitteilung des Senats vom 22. Juni 2021
(Drucksache [20/1022](#))
20. Verbindliche Rahmen für faire Bildungschancen schaffen, Ganztags-
schulausbau planen und finanziell absichern
Antrag der Fraktionen der FDP und der CDU
vom 14. September 2021
(Neufassung der Drucksache [20/1064](#) vom 28. Juli 2021)
(Drucksache [20/1101](#))
21. Grundrechte sind keine Selbstverständlichkeit – Tag des Mauerbaues als
Auftakt zur Stärkung der politischen Bildung nutzen!
Antrag der Fraktion der FDP
vom 28. Juli 2021
(Drucksache [20/1065](#))

22. Sportvereine unterstützen durch Übernahme der Mitgliederbeiträge für Kinder und Jugendliche aus dem Bremen-Fonds
Antrag der Fraktion der CDU
vom 5. August 2021
(Drucksache [20/1067](#))
23. Nachhaltigkeitsstrategie für das Land Bremen entwickeln!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 9. Juni 2020
(Drucksache [20/428](#))
24. Nachhaltigkeitsstrategie für das Land Bremen entwickeln!
Bericht und Antrag des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit
vom 31. August 2021
(Drucksache [20/1082](#))
25. Aufbau einer Landesantidiskriminierungsstelle im Land Bremen
Mitteilung des Senats vom 31. August 2021
(Drucksache [20/1085](#))